

StS 143/49

In der Strafsache gegen F r e i s u.a.

bringe ich für den Angeklagten B a l l a u f zusammenfassend folgendes vor:

Zum Äußeren Tatbestand:

Das Vorderurteil stellt auf S.11 der Ausfertigung als ungesetzlich das Verhalten des Angeklagten nur insoweit fest, als er der Anordnung des Oberscharführers Zander, die Juden nicht auf dem kürzesten Wege ins Gerichtsgefängnis zu überführen, Folge leistete.

Es ist bereits dargetan, daß tatsächlich der vom Angeklagten gewählte Weg die kürzeste Verbindung zum Gerichtsgefängnis gewesen ist. Es liegt deshalb insoweit auf Grund der überreichten Kartenskizze ein Gedankenfehler des Tatrichters vor. Überdies bleibt festzuhalten, daß eine Zurschaustellung auch auf dem kürzesten Wege keinesfalls zu vermeiden gewesen wäre, denn die Zurverfügungstellung von geschlossenen Fahrzeugen ist von vornherein auszuschließen. Wenn aber die Zurschaustellung überhaupt nicht zu vermeiden war, so kann eine etwas längere Zeitdauer dieses Vorgangs keine nennenswerte Beeinträchtigung der Menschenwürde

de sein. Diese lag vielmehr in der Verhaftung der Juden, aus der sich zwangsläufig deren Überführung ins Gerichtsgefängnis ergab. Der OGH (StS 19/48, 28/48, 31/48) hat wiederholt betont, daß nur ein starker Unrechtsgehalt die Annahme eines Angriffs gegen die Menschheit rechtfertige. Offensichtlich ist das Vorderurteil dem Irrtum verfallen, dem Angeklagten die Überführung der Juden überhaupt zur Last zu legen und nicht nur den Umweg der Überführung. Insoweit hätte es auch der Feststellung bedurft, wie groß der Umweg gewesen sein soll.

Ein weiterer Gedankenfehler des Vorderurteils liegt darin, daß es auf S.13 der Ausfertigung einmal die Schuld des Angeklagten darin sieht, daß er ohne einen Versuch einer Gegenvorstellung Befehle ausführte, während es im gleichen Absatz kurz vorher feststellt, daß der Angeklagte in der damaligen schwierigen Situation bei seinen Vorgesetzten keine Unterstützung gefunden hat. Beide Feststellungen widersprechen einander und bedürften der tatrichterlichen Aufklärung für den Fall der Annahme eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

II.

Zum inneren Tatbestand

gehört nach OGH StS 3/48, 40/48 ein bewußter und gewollter Angriff des Täters gegen das Opfer. Da die Überführung der Juden zu Fuß durch die Stadt für den Angeklagten nicht zu vermeiden war, müßte für den dem Angeklagten zur Last gelegten Umweg ausdrücklich festgestellt werden, daß darin ein besonderer Tatbestand für das Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegeben wäre. Auch in dieser Be-

ziehung fehlt es an jeder tatsächlichen Feststellung.

III.

Notstand:

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß der Angeklagte bei Verweigerung der Ausführung des ihm erteilten Befehles, gerade weil er nicht Pg. war und nach den Feststellungen des Urteils alle Gewaltmethoden ablehnte, selbst in ein KZ-Lager überführt worden wäre. Dieser Gefährdung seines Lebens stand gegenüber, daß er die Juden ausschließlich etwas länger durch die Stadt führen mußte, als nach den Feststellungen des Vorderurteils notwendig gewesen sein soll. Es ist nirgends gesagt, daß die Juden durch diesen Umweg besonders belästigt worden wären. Die Verlängerung ihrer Überführung kann daher nur eine geringfügige Mehrbelastung bei ihrer Kränkung darstellen. Eine Freiheitsberaubung oder Nötigung ist von vornherein auszuschließen, da die Juden verhaftet waren, also ohnehin ihrer Freiheit beraubt waren, und hierfür der Angeklagte nicht verantwortlich ist.

Auch wenn man entgegen meinen obigen Ausführungen (s.I, OGH STS 19/48) trotz des Mangels an einem starken Unrechtsgehalt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit annehmen wollte, so könnte dieses Unrecht keinesfalls nennenswert sein. Es muß deshalb als ein echter Notstand des Angeklagten angesehen werden, wenn er unter dem Zwang der damaligen Verhältnisse wegen der geringfügigen Verlängerung der sowieso unvermeidlichen Kränkung der Juden nicht eine Gefährdung seines Lebens auf sich nahm und die soziale Sicherheit seiner Familie opferte.

IV.

Zur Strafzumessung:

Diese Erwägungen hätte das Vorderurteil auch bei der Strafzumessung berücksichtigen müssen. In StS 29/48 und StS 77/48 hat der OGH ausdrücklich den Standpunkt vertreten, daß Art und Schwere und Dauer der Folgen der vorgeworfenen Tat von besonderer Bedeutung für das Strafmaß sind. Der Tatrichter hätte deshalb in seine Strafzumessungsgründe aufnehmen müssen, in wiefern durch den angeblichen Umweg die nicht vermeidbare Kränkung der Juden überhaupt nennenswert vergrößert worden sein soll. Dabei hätte er auch beachten müssen, daß der Angeklagte schließlich die Juden auch nach den vorderrichterlichen Feststellungen den kürzesten Weg zum Gerichtsgefängnis geführt hat. Wenn er hierbei meint, der Angeklagte habe nur wegen der Ermüdung der Juden diese Wegkürzung vorgenommen, so erschöpft er damit nicht seine eigene Feststellung, daß der Angeklagte überhaupt gegen die Gewaltmethoden der damaligen Zeit grundsätzlich eingestellt und ein außergewöhnlich korrekter Beamter gewesen ist.

M. Koidu

Rechtsanwalt